

Den demografischen Wandel gestalten

Tilman Mayer behandelt „Die Gestaltung des demographischen Wandels: „Jedes Alter zählt – Jede Politik zählt – Jede Hilfe zählt“. *Sabrina Stula* gibt eine Übersicht über die Aktivitäten der Europäischen Union, ihre Akteure und Institutionen: „Der Demografische Wandel: Ein europäisches Thema“.

Christiane Liesenfeld thematisiert „Stark im Wandel – Demografiepolitik in Rheinland-Pfalz“. *Wilfried Kruse* berichtet über „Die Arbeit einer Enquêtekommission“, die vom Rat der Stadt Neuss am Rhein eingesetzt und auf kommunaler Ebene tätig wurde.

informationsdienst altersfragen

ISSN 0724-8849
A20690E

Heft 05, September / Oktober 2012
39. Jahrgang

Herausgeber:
Deutsches Zentrum
für Altersfragen

05

Die Gestaltung des demographischen Wandels „Jedes Alter zählt – Jede Politik zählt – Jede Hilfe zählt“

Tilman Mayer

Wenn wir den Begriff „Gestaltung“ im Sinne einer vorliegenden Veränderungsabsicht ernst nehmen, steht der Prozess der Alterung für keine Gestaltung offen. Wir können Alterung nicht gestalten. Die persönliche Alterung ist zwar ein nur durch Lebensführung und Medizin und dann allerdings auch durch gute sozialstaatliche Umstände beeinflussbarer Vorgang. Die hohe bzw. höher werdende Lebenserwartung ist eine erfreuliche Begleiterscheinung unserer zivilisatorischen Entwicklung, aber „gestalten“ im Sinne von demografischer Intervention können wir politischerseits dabei nicht. Und die Alterung einer ganzen Gesellschaft, zu der die individuelle Langlebigkeit beiträgt, geschieht nicht über ältere Menschen, sondern bekanntlich dadurch, dass in Deutschland seit bald vier Jahrzehnten weniger Junge nachwachsen, der Generationenersatz also nicht geleistet wird und deshalb der Anteil Älterer am Ganzen der Bevölkerung zunimmt.

Also ist das Thema „Gestaltung des demographischen Wandels“ kein altenpolitisches? Doch, die ganze Gesellschaft ist vom demographischen Wandel erfasst, aber wie die Antwort der Politik darauf aussieht, muss genauer analysiert werden. Und so beginnen wir mit der Frage: „Was heißt demographischer Wandel?“ Der demographische Wandel bedeutet die Veränderung der Bevölkerung unter den demographischen Aspekten Schrumpfung, Alterung, Fertilitätsentwicklung und Migration. Am gravierendsten hat sich die Fertilitätsentwicklung erwiesen. Seit ungefähr vier Jahrzehnten wird der Ersatz der vorausgegangenen Generation nicht mehr geleistet, das heißt, es werden zu wenig Kinder geboren und aus dieser Entwicklung heraus würde man erwarten, dass eine Schrumpfung der Bevölkerung einsetzt. De facto hat es diese aber in der Bundesrepublik nicht gegeben, weil ein weiterer demographischer Prozess ausgleichend ge-

wirkt hat, nämlich die Zuwanderung, so dass die Migration eine kompensatorische Wirkung hatte im demographischen Wandel der Bundesrepublik. Zwischenzeitlich kommt es aber aufgrund einer niedrigeren Zuwanderung dennoch zur erwarteten Schrumpfung, die de facto, was den autochthonen Anteil der Bevölkerung angeht, schon seit Jahrzehnten stattfindet, aber wegen der Zuwanderung nicht sichtbar wurde. Die Abnahme des Anteils der nachwachsenden Generation führt aber zu einer Zunahme des Anteils der Älteren an der Gesellschaft, sodass in der Folge das demographische Phänomen der Alterung einsetzte, weil sich die Proportionen der Bevölkerungsteile asymmetrisch verschoben haben. Der Anteil Älterer an der Gesellschaft wird im Laufe der nächsten zwei/drei Jahrzehnte dramatisch zunehmen, wobei das persönliche Lebensalter älterer Menschen zwar dazu beiträgt, aber nicht das „Problem“ darstellt – wenn überhaupt Alter einfach nur als Problem und nicht eben auch als Chance gesehen wird.

Ein Problem liegt einfach in den proportionalen Verhältnissen, die sich in ökonomischer Hinsicht dramatisch auswirken, weil sich seit Jahrzehnten ein Alterssicherungsproblem auftut. Dieses gibt es aber auch nur deshalb, weil die bundesdeutsche Gesellschaft beschlossen hat, einen sogenannten Generationenvertrag, wenn auch implizit, abzuschließen, das heißt, dass die erwerbstätige Bevölkerung sowohl für die Erziehung des Nachwuchses als auch für den Unterhalt der älteren Generation durch ihre Produktivität aufkommt. Wenn allerdings die nachwachsende Generation deutlich kleiner wird als die erwerbstätige mittlere und man deswegen konsequenterweise sagen muss, dass der Generationenvertrag nur teilweise erfüllt wird, entsteht dadurch die Schieflage im Bereich Alterssicherung und man kann nicht oft genug erklären, dass die ein Erwerbsleben lang

gezahlten Beiträge in die Alterssicherung gerade nicht vom Staat angespart werden und dann im Ruhestand diesen ehemaligen Beitragszahlern zur Verfügung stehen, sondern diese laufenden Beiträge, die entrichtet werden, sind lediglich ein Äquivalent für eine im Ruhestand zu erhaltende, von den dann arbeitenden Bürgern zu erarbeitende Rente. Die Alternative zum bestehenden Umlagesystem, die manche liberalen Kreise empfehlen, wäre, dass die gesamte Gesellschaft ihren eigenen Ruhestand jeweils für sich anspart und von diesen Ersparnissen dann Jahrzehnte später meint leben zu können. Die meisten hoch entwickelten Industriestaaten haben eine derartige liberale Perspektive verworfen, weil sie es als zu riskant ansehen: unter Aspekten der Geldentwertung oder währungspolitischer und finanzpolitischer Unwägbarkeiten, die zum Beispiel die Pensionssysteme Nordamerikas und damit die Vorsorge für den Ruhestand vieler Amerikaner in Mitleidenschaft gezogen haben. Das bundesdeutsche Solidarsystem ist insofern wesentlich solider angelegt, allerdings hat es zur entscheidenden Prämisse, dass die nachwachsende Generation, das sogenannte Humanvermögen einer Gesellschaft, erstens in genügendem Umfang vorhanden ist und zweitens bildungsbezogen in der Lage ist, eine hohe Produktivität zu entwickeln. Wir diskutieren seit Jahren im Kontext des demographischen Wandels darüber, wie dieser Zusammenhang aus produktiven und reproduktiven Leistungen erhalten werden kann.

Die Bilanz muss eindeutig heißen: Wir haben in Deutschland trotz einer jahrzehntelangen Diskussion kein tragfähiges Ergebnis erzielt, das den demographischen Wandel auf eine ökonomisch sichere Grundlage stellt. Über das Thema wird zwar seit vielen Jahren gesprochen, aber der in allen Industrieländern stattfindende demographische Wandel hat in Deutschland zu einer nachhaltigen demographischen Defizitstruktur geführt, deren Ausgleich wiederum Jahrzehnte in Anspruch nehmen würde, wenn in Zukunft erkennbar wäre, dass die demographische Entwicklung sich änderte, und diese Änderung kann man allein ablesen an der Geburtenrate pro Frau im gebärfähigen Alter. Programmiert ist für absehbare Zeit ein Rückgang der Geburten-

zahl in Deutschland, die bekanntlich in den letzten drei Jahrzehnten bereits so weit absank, dass das kleinere Frankreich eine größere Geburtenzahl „produziert“ hat. Insofern können wir bilanzieren, dass das harmlose Wort vom demographischen Wandel eine dramatische Struktur umschließt, die man nicht tagtäglich beobachten kann, die sich vielmehr ganz allmählich ergibt und deswegen lange Zeit ignoriert wurde. Und vor allem politischerseits dachte man, mit allgemeinen optimistischen Redensarten vorankommen zu können, anstatt sozial-interventionistisch einen neuen Politikansatz zu entwickeln, der allerdings auch nicht einfach zu finden ist, zumal ein gesellschaftlicher Konsens ihn tragen sollte. *Im sensiblen Bereich der demographischen Entwicklung sollte möglichst viel Zustimmung die politischen Maßnahmen begleiten.*

Seit etwa zehn Jahren ist nun von einer nachhaltigen Familienpolitik die Rede, das heißt, die Demographie wird ganz anders ernst genommen als in der Zeit davor. Die Bundesregierung, die seit 2009 im Amt ist, hat ihrerseits sich eine Demographiestrategie verschrieben, die den Anspruch enthält, an der Gestaltung des demographischen Wandels mitzuwirken. Die Frage, ob es sich tatsächlich um Gestaltung und nicht nur um Verwaltung und Anpassung handelt, ist eine ganz dringliche Frage, die dabei zu klären ist. Zunächst aber ist zu würdigen, dass die Bundesregierung überhaupt einen Demographiebericht 2011 vorgelegt hat, der durchaus auf der Höhe der Zeit den demographischen Prozess abbildet und beschreibt und insofern durchaus eine Novität darstellt in der politischen Landschaft, auf die man aufbauen kann. Der Demographiebericht der Bundesregierung bildet den demographischen Wandel aktuell ab. Insofern kann er auch, bei aller erkennbaren Kritikmöglichkeit, die es gibt, empfohlen werden und verdient Aufmerksamkeit.

Die im Frühjahr 2012 zusätzlich entwickelte Demographiestrategie der Bundesregierung unter dem Titel: „Jedes Alter zählt“, möchte ich als eine *Mobilisierungsstrategie* auffassen, denn ihr Bemühen gilt durchaus der Erfassung des demographischen Wandels, aber hauptsächlich unter den Aspekten der *Folgenbewältigung*, das heißt, der Wandel wird als solcher demographieberichtsbezogen geschildert und daraus die Konsequenz gezogen, dass man nun sich mit dieser Struktur abfinden muss. Man trifft also, um im Bild – Mobilisierung, Strategie – zu bleiben, Marschvorbereitungen durch die Untiefen des demographischen Geländes. Es geht um einen Aufbruch in ein neues Land und man möchte die Entwicklung demographiefester machen, als sie gegenwärtig besteht. Dieses Mobilisierungsunterfangen hat durchaus seine Berechtigung, denn zu den Staatsaufgaben gehört es trotz einer zunehmenden Europäisierung der Politik nach wie vor, die *demographischen Grundlagen der politischen Existenz eines Landes zu garantieren*.

Demographiepolitik hat in unterschiedlichen Ländern durchaus Erfolg. Die Demographiestrategie enthält sechs Handlungsfelder, von denen fünf damit zu tun haben, sich dem demographischen Wandel anzupassen. So soll etwa die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten werden, es soll garantiert werden, dass wir auch weiterhin ein nachhaltiges Wachstum und eine wohlstandssichernde Entwicklung erreichen können, insbesondere dadurch, dass Fachkräfte gewonnen und eine Zuwanderung von gut qualifizierten ausländischen Personen erreicht wird. In regionaler Hinsicht wird die Lebensqualität in ländlichen und städtischen Räumen zu garantieren versucht, wobei andererseits auch Phänomene wie der Rückbau von ganzen Stadtteilen angedeutet wird. Altenpolitisch interessant ist der Teil C, der ein selbstbestimmtes Leben im Alter als Strategieelement enthält und darum bemüht ist, das individuelle Leben älterer Menschen möglichst lange mit gesellschaftlicher Teilhabe und einem gesunden Altern zu verbinden. Was die Erwerbsbevölkerung angeht, wird versucht vorzusorgen, dass ihre Gesundheit erhalten und gefördert wird, dass sie sich aber auch bildungsbezogen einer aktuellen Entwicklung zugänglich erweist. Im Übrigen

wird die erwerbstätige Bevölkerung, so ein Strategieelement, allerdings nicht neuerer Art, länger arbeiten müssen als vorausgegangene Generationen, was mit der längeren Lebenserwartung der Menschen zu tun hat, deren Ruhestandsphase den Staat entsprechend teuer kommt, was wiederum von einer jüngeren, nachwachsenden Generation erwirtschaftet werden muss, und um dieses längere Ruhestandsleben zu bewältigen, wird man nach und nach länger arbeiten müssen. Diese längere Lebenserwerbstätigkeit wird aber geradezu mit deutscher Gemütlichkeit erst bis 2029 vollständig umgesetzt, d.h. demografiepolitisch gesehen wird für diesen Umbau viel zu viel Zeit verschwendet.

Einzig der sechste Teil der Demographiestrategie mit dem Titel: „Familie als Gemeinschaft stärken“ könnte theoretisch so verstanden werden, als ob hier *gestalterisch* eingegriffen wird. Immerhin ist dort von Kinderwünschen, die offen bleiben, die Rede und deren Erfüllung man sich annehmen möchte. Man will die Zeitsouveränität von Familien erhöhen, eine familienfreundliche Arbeitswelt unterstützen und vor allen Dingen die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren steigern. Auch haushaltsnahe Dienstleistungen sind nicht länger Tabu. Eine wirklich nachhaltige Familienpolitik in dem Sinne, dass den Kinderwunsch zu verwirklichen deutlich unterstützt wird, findet man dagegen so gut wie nicht. Das heißt, *die Demographiestrategie der Bundesregierung ist ein Anfang, dem eine Fortsetzung folgen muss*. Das neu aufgekommene Themenfeld *Demographiepolitik* nimmt im Regierungspapier einen größer werdenden Anteil an der Formulierung der politischen Gestaltungsabsicht des demographischen Wandels ein. Demographiepolitik, so können wir definieren, will das gesamte Spektrum des demographischen Wandels unter politischen Gesichtspunkten seiner Gestaltbarkeit analysieren, wobei selbstverständlich auch die Verwaltungsaspekte eine Rolle spielen bzw. die Anpassung an den demographischen Wandel. *Der kreative Teil einer Demographiepolitik* allerdings richtet sich eben auf die Möglichkeiten der Korrektur einer als ungünstig eingeschätzten Entwicklung. Unter altenpolitischen Gesichtspunkten verdient

eine Demographiepoltik allerdings eine spezifische, übergreifende Aufmerksamkeit – wenn es tatsächlich um eine Altenpolitik im Kontext des demographischen Wandels geht. Schon vor längerer Zeit hat der Wohlfahrtsstaatsexperte Esping-Andersen die saloppe Formel geprägt: „Gute Rentenpolitik beginnt mit Babys“.

Dazu muss folgende Struktur uns vor Augen stehen. Eine Altenpolitik hat zwei Ansprechpartner, von denen allerdings meistens nur einer tatsächlich, um im Bild zu bleiben, zuhört: Wir haben es mit den *Jetzt-Alten* zu tun und mit den *Künftig-Alten*.

Den *Jetzt-Alten* ist alles altenpolitische Sprechen durchaus bekannt. Sie sind diejenige Gruppierung, die natürlich an allen Anpassungsmaßnahmen der Regierung sehr interessiert sind und insofern wird ihnen am ehesten mit der Demographiestrategie jetzt geholfen, wobei der *Jetzt-Zeitraum* die Jahre bis ca. 2020 oder 2025 umfasst. Das Dilemma liegt allerdings darin, dass die *Künftig-Alten*, also die jetzt im Erwerbsleben stehenden und jüngeren Altersklassen, von einer Altenpolitik sich nicht angesprochen fühlen und insofern altenpolitische Interessen nicht als ihre ansehen. Die *Künftig-Alten* müssten allerdings einsehen, dass zu ihrer Alterssicherung eine Politik gehört, die weit im zeitlichen Vorfeld ihrer eigenen Alterung Vorsorge getroffen hat, dass ihre eigene Alterssicherung einmal gelingen kann.

Die beste Altenpolitik besteht also darin, dass sie sehr langfristig vorbereitet wird und im Kern der generationenvertragliche Absprachenzusammenhang, das heißt reproduktive und produktive Leistungen, erfüllt wird. Insofern ist es neben einer effektiven Familienpolitik natürlich durchaus richtig, dass auch die Bildungspolitik von großer Bedeutung ist. Eine Gesellschaft, in der z.B. die Patente zurückgehen, wird dies als Indikator einer Wissensgesellschaft besonders ernst nehmen und versuchen müssen, eine Korrektur zu bekommen. Viel schwieriger ist allerdings in reproduktiver Hinsicht, dort eine Korrektur zu erreichen. Hier ist eine effektive Familienpolitik angesagt, die auch mit der gegenwärtigen Demographiestrategie der Bundesregierung noch nicht erkennbar ist.

Für manche, die sich „nur“ mit Altenpolitik befassen, sei hier einmal paradox und zuspitzend formuliert: Handlungsbedarf besteht unter altenpolitischen Gesichtspunkten im Bereich Familienpolitik. Das Problem lässt sich zum Beispiel an der Entwicklung der Volksrepublik China darstellen. Die *Ein-Kind-Politik* in China führte dazu, dass die Alterung dort ein großes Problem ergeben wird, so dass eine Korrektur der demographischen Entwicklung in China sich abzeichnen dürfte. Die antinatalistische Politik in China, die durchaus ihren großen Sinn hatte, weil es nicht zu einer Bevölkerungsexplosion gekommen war, die die Weltbevölkerungsentwicklung, wie im Falle Indiens oder anderer Länder, zusätzlich belastete, hat aber national nicht zu einer ausgeglichenen Generationenentwicklung geführt, sondern zu einer Unterjüngung bzw. Dejuvenalisierung mit vielen weiteren Begleiterscheinungen, etwa der erfolgten Mädchendiskriminierung über Abtreibungsmaßnahmen.

Demographiepoltisch kommt es also darauf an, einerseits Anpassungsbestrebungen durchzuführen, wie sie in der Demographiestrategie angelegt sind, andererseits aber den Anforderungen zu entsprechen, die eine ausgeglichene Bevölkerungsentwicklung verlangt, von der wir seit Jahrzehnten entfernt sind, sodass manche in Deutschland, auch ich, durchaus von einer demographischen Krise sprechen wollen. Die Handlungsoptionen ergeben sich aus dieser Lage eigentlich von selbst. Es kann nicht sein, dass man nur auf eine passive Einstellung sich festlegt, nur eine Folgenbewältigung betreibt, sondern *es kommt auf eine Politik an, die Handlungsoptionen aufweist*, die einerseits im Bereich der Migration liegen können, dass man also den Fachkräftemangel durch Zuwanderung zu beheben sucht, und andererseits eine Erhöhung der Geburtenrate klar politischerseits unterstützt.

Fassen wir zusammen: Die Anforderung an eine Politik der Gestaltung des demographischen Wandels unter Alterungsgesichtspunkten kann also 1. nur heißen, zeitversetzt Gestaltungsstrukturen vorzunehmen. Hätte man zum Beispiel 1982, als die Rente als sicher galt, tatsächlich für die *Künftig-Alten* eine Vorsorge getroffen und hätte man dies

sozialpolitisch unterstützt von Seiten des Sozialministeriums, sähe die Lage heute ganz anders aus. Eine wirklich weitblickende Politik der Daseinsvorsorge zu betreiben, aus der politischen Tagesaktualität heraus entwickelt, setzt auf der politischen Bühne einiges an staatspolitischer Verantwortung voraus, was für die meisten Politiker doch eine Überforderung darstellt, weil sie sich eher in Kurzfristdenken und Kurzfristwahlerfolgen verstehen.

Insofern ist es auch wichtig, neben dem zeitversetzten Gestaltungshandeln 2. auch präventiv vorzugehen und bildungsbezogen für entsprechende Effekte vorzusorgen, damit die optimistisch angenommene höhere Produktivität auch verwirklicht werden kann. Gesundheitspolitisch ist desgleichen Vorsorge zu treffen, wie das in der Demographiestrategie angelegt ist. Wohnungspolitik muss das kommende Altersbeben aufgefangen werden, das heißt, wenn die Babyboomer-Generation ihre Immobilien und Ersparnisse kapitalisieren möchte, muss dafür eine Struktur entwickelt worden sein. Und prospektiv muss die Familienpolitik tatsächlich effektiv, wie oben geschildert, angelegt sein.

Um den demographischen Wandel unter Alterungsgesichtspunkten zu gestalten, wäre es 3. hilfreich, wenn man integrativ vernünftig vorgehe und die Altenpolitik koordiniert in die Demographiepolitik integrierte. Das bedeutet, beim Altenthemenspektrum alle jüngeren Generationen bei der Umsetzung politischer Maßnahmen gleichermaßen mit in den Blick zu nehmen und insofern keine isolierte Altenpolitik mehr zu betreiben, sondern sie mit der Kinder-, Familien- und Migrationspolitik zu kombinieren. Das setzt allerdings einmal mehr voraus, dass wir ein Altenbild entwickeln, das nicht einfach mit Ruhestand verknüpft werden kann, sondern mit Aktivitäten, sei es im längeren Erwerbsleben oder danach, sei es allein oder mit Familien und weiteren Bevölkerungskreisen, subsidiär. Das heißt, wir brauchen ein umfassendes Altenbild, das eben nicht nur Lasten, sondern auch die Chancen der Erfahrenen, Älteren im Bevölkerungs- und Gesellschaftsentwicklungsprozess einschließt. Ein derartiges Altenbild würde dazu beitragen, den demographischen Wandel gestaltbar zu

machen. Teurer würde es, wenn man es den subsidiär lebenden Familien schwerer machen würde, ihrer Netzwerkaktivität nachzukommen, ihnen nicht zur Seite träte. Die staatliche Rekonstruktion und die kompensatorische Erfüllung von Leistungen, die ansonsten in der Familie erfolgen, käme den Staat viel teurer und insofern ist der alte Gedanke der gegenseitigen Hilfe als Leitidee einer neuen, modernen Sozialpolitik anzudenken, auch wenn er zunächst utopisch klingt.

Blicken wir am Ende des Durchgangs nochmals zurück, *warum nicht schon viel früher die erkennbaren Herausforderungen des demographischen Wandels aufgegriffen wurden.*

In einer Meldung der Tageszeitung *Die Welt* vom 31.5.1986 lautet eine Überschrift: „Kohl sieht den Geburtenrückgang als die größte Herausforderung an. Kanzler: Familienpolitik ist auch Rentenpolitik“ und in einer Erklärung des gleichen Bundeskanzlers vor der Bundespressekonferenz in Bonn am 3.9.1993, also vor ca. 20 Jahren, heißt es wörtlich vom Bundeskanzler:

„Wir haben einen Altersaufbau in der deutschen Bevölkerung, der dramatische Veränderungen zeigt. Die Zahl muss immer wieder genannt werden: Im Jahre 2030 wird jeder Dritte über 60 Jahre alt sein. Das bedingt, dass wir darüber diskutieren, und zwar, wie ich hoffe, fair und sachlich, welche Auswirkungen diese Entwicklung für den Arbeitsmarkt, die Krankenversicherung und die Rentenversicherung haben wird.“

Die bereits erwähnten dramatischen demographischen Entwicklungen haben Folgen, die wir sehen müssen. Ich will das deutlich machen an zwei Beispielen:

- Auf dem Arbeitsmarkt fehlen heute Arbeitsplätze. Langfristig, und das zeigt jede Berechnung, wird es aber zu einem Mangel an Nachwuchskräften kommen.
- In den sozialen Sicherungssystemen ist zu beobachten, dass immer weniger Erwerbstätige die Alterssicherung für immer mehr Rentner erbringen müssen. Das ist Übrigens auch ein Hinweis auf die Notwendigkeit der Pflegeversicherung.“

Diese Zitate, die auch zu anderen Bundeskanzlern angeführt werden könnten, mögen illustrieren, dass es durchaus Anläufe gegeben hat, die Thematik, um die es geht, anzusprechen. Man hat ausgesprochen, welche Probleme sich stellen und welche Probleme sich künftig ergeben. Die große Frage, die sich ergibt und die man auch im Kontext der Demographiestrategie deswegen ernst nehmen sollte ist, warum diesen Beschreibungen und Beobachtungen kein Erfolg beschieden war? Waren diese Sätze nur propagandistischer Art? Ich glaube, wir müssen festhalten, dass es im Unterschied zu den Sozialstaatsreformen in der Ära Schröder bisher nicht zu Reformen gekommen ist im Bereich des demographischen Wandels, die ähnlich effektiv sein müssen. Die Anforderungen an die Gestaltung des demographischen Wandels sind nach diesen Erkenntnissen deutlich hochzuschrauben. Einfach und realistischerweise deshalb, weil wir uns es als Gesellschaft längst nicht mehr erlauben können, nur mit – wenn auch gut gemeinten – Absichtserklärungen uns abzufinden. Die Demographiestrategie heißt: „Jedes Alter zählt“. Wir wollen aber umgekehrt mit aller Ernsthaftigkeit formulieren: „Jede Politik zählt“. Und wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Der demographische Wandel ist eine Jahrhundertaufgabe, derer man sich schon vor 20 oder 30 Jahren hätte annehmen müssen. Dass die Bundesregierung jetzt aber handelt, ist ihr hoch anzurechnen. Sie hat eine gute Vorlage gegeben, aber nun kommt es darauf an, diese Demographiestrategie realpolitisch in Gang zu setzen und hier zählt, wie überall in der Politik, nur der Erfolg, das heißt eine effiziente demographische Politik. Dazu bedarf es breiter gesellschaftlicher Unterstützung. Und so kann man auch formulieren: „Jede Hilfe zählt.“

Prof. Dr. Tilman Mayer ist Professor für Politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Demographie

Kontakt:
tilman.mayer@uni-bonn.de